

NEWS

ÖKO-ENDSPURT

„Soll Grün doch haben seinen Preis“

Raymond Klein

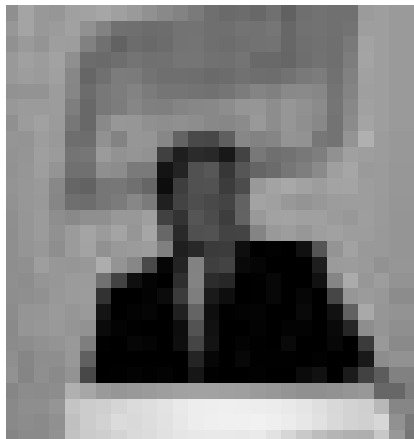
„Ist auch dein ganzer Liebster weiß, soll Grün doch haben seinen Preis, (...) weil grün der Hoffnung Fernen blühen ...“ heißt es im Liederzyklus „Die schöne Müllerin“. Die Luxemburger Grünen hoffen auf eine Regierungsbeteiligung, wollen sich aber nicht unterm Preis verkaufen.

So viel hatte bei den Parlamentswahlen 2004 nicht gefehlt. Die Wahlsieger CSV und Grüne hatten zusammen über acht Prozentpunkte hinzu gewonnen, und erstmalig verfügten die beiden Parteien über eine arithmetische Mehrheit. Weil diese aber mit 31 von 60 Sitzen denkbar knapp ausfiel, hatte Jean-Claude Juncker den grünen Leader François Bausch zwar zu einem Sondierungsgespräch eingeladen, dann aber doch für eine große Koalition „der arithmetischen Vernunft“ optiert.

Bis noch vor einem Jahr sah es daraufhin nach einer Rückwärtsbewegung des Wahlpendels aus, wie sie nicht untypisch für Luxemburg wäre: Die CSV würde ihr Superergebnis von 2004 nicht halten können, die DP dagegen wieder zulegen und vielleicht auch LSAP und Grüne. Die von vielen seit 1979 herbeigesehnte Regierung ohne CSV wäre zwar kaum zu zweit möglich, dafür aber zu dritt, als Rot-Blau-Grün. Diese so genannten Eritrea-Koalition, zu der die woxx im Herbst 2007 ein Rundtischgespräch veranstaltet hatte, war zwar schon seit 1994 eine arithmetische Option, aber keine politisch erwünschte.

Mittlerweile sieht es allerdings nicht mehr nach Eritrea aus, denn große Stimmverluste der CSV zugunsten der politischen Mitte sind unwahrscheinlich. Die beste Chance für die Grünen, in Regierungsverantwortung zu gelangen, liegt wohl in einem weiteren schwarz-grünen Wahlsieg - nicht sehr wahrscheinlich, aber auch nicht unmöglich. Ab einer Mehrheit von 33 Sitzen dürfte diese Option Juncker „arithmetisch vernünftig“ erscheinen. Auch von der Ausrichtung her wäre er einer solchen Koalition nicht abgeneigt, wie er in einem Interview mit dem Magazin Paperjam bekräftigte.

Grund genug also für die Grünen, sich mit der Frage der „Essentials“ für eine Regierungsteilnahme zu beschäftigen, auch wenn François Bausch bei



François Bausch übt Zähnezeigen für die Koalitionsverhandlungen.

der Pressekonferenz am vergangenen Dienstag vorsichtshalber erklärte, warum seine Partei auch in der Opposition eine wichtige Rolle spielen könne. Und was die Partei als „zehn Punkte auf die es ankommt“ vorstellte, war eigentlich eher eine Zusammenfassung der „besten“ Ideen ihres Wahlprogramms. Zum Energiebereich heißt es zum Beispiel, der Ausstieg Luxemburgs aus den fossilen Energien müsse eine Toppriorität sein, statt der CO₂-Reduktionen im Ausland. Weil die Grünen dabei aber keine Mindestziele angeben, und keine Senkung des Kohle- und Atomanteils verlangen, können alle potenziellen Koalitionspartner diesem „Essential“ problemlos zustimmen.

Bausch unterstrich allerdings, die „Essentials“ seien ernst gemeint, und hob die kontroverseren Punkte hervor: Eine ökologische Steuerreform sei „conditio sine qua non“ für ein Koalitionsabkommen, ebenso ein massiver Ausbau des öffentlichen Transports inklusive Tram. Auch bei Themen wie Gesamtschule und Individualisierung der Rentenansprüche vertrete seine Partei eine klarere Linie als beispielsweise die LSAP. Richtig ist, dass sich die Grünen über diese Punkte am ehesten mit den kleinen Parteien links von ihnen verständigen könnten. Interessanterweise dürften sie auch für LSAP und DP akzeptabel sein, viel weniger aber für den wahrscheinlichsten Koalitionspartner der Grünen, die CSV.

SHORT NEWS

Politik von und für Jung und Alt

Drei Tage vor den Parlamentswahlen, trafen sich die PräsidentInnen der jungen politischen Parteien CSJ, JDL, JSL und Jonk Gréng zu einer Pressekonferenz in der Jugendherberge in Luxemburg. Marion Muller (Jonk Gréng), Claude Lamberty (JDL), Taina Bofferding (JSL) und Serge Wilmes (CSJ), die allesamt am Sonntag ebenfalls für einen Sitz im Palament kandidieren, waren sich einig, dass gerade dort junge Politiker immer noch völlig unterrepräsentiert seien. Denn das Durchschnittsalter der Parlamentsmitglieder liegt bei 60 Jahren. Daher sei es besonders wichtig, junge KandidatInnen zu motivieren und zu unterstützen Politik zu machen. Sie sollen nicht gewählt werden, weil sie jung sind, sondern weil sie mit jungen Ideen und neuen Konzepten frischen Wind ins Parlament und in die Politiklandschaft bringen. Nichtsdestotrotz zeigten die vier jungen KandidatInnen die unterschiedlichen Prioritäten ihrer Parteien auf. So wolle die CSJ vor allem die Staatsschulden bekämpfen, während sich die JSL hauptsächlich für einen starken Sozialstaat einsetzen will. Die Jonk Gréng plädieren für stärkere Maßnahmen zum Umweltschutz und die JDL für eine bessere Finanzierung der Ausbildung als entscheidender Faktor für eine sichere Zukunft Luxemburgs.

Kommunale Energieversorgung in der Debatte

Anlässlich einer Pressekonferenz am vergangenen Dienstag verdeutlichten déi Lénk ihre Position in Sachen Energiepolitik: Die Schaffung des überregionalen Energieversorgers Enovos/Creos, bei dem der Luxemburger Staat direkt und indirekt nur 38 Prozent der Anteile hält, war in ihren Augen ein Fehler (siehe woxx 991). Die Situation werde jetzt dadurch verschlimmert, dass die großen kommunalen Energieversorger in Luxemburg sich anschicken, ihre Netze in die neu geschaffene Gesellschaft zu integrieren. Am 26. Mai hatten die Gewerkschaften anlässlich einer Protestkundgebung vor einer solchen Ausgliederung, die sie einer weiteren Privatisierung gleichsetzen, gewarnt. Stadtbürgermeister Helminger bestätigte daraufhin in einem Schreiben, dass die Stadt eine Integration in den Großkonzern, die von Regierungsseite forciert würde, studiere. Zu den Hauptanliegen in den diesbezüglich aufgenommenen Verhandlungen gehörten die Wahrung der Rechte und Gehälter der Beschäftigten der Stadt. Die Gründung der Leo S.A. hätte es der Stadt erlaubt, der Liberalisierung der Strom- und Gasversorgung, wie sie von europäischer Seite gefordert wurde, Rechnung zu tragen, ohne dabei die Kontrolle durch die Stadt Luxemburg aufzugeben. Statt Privatisierung sei das Ziel der Stadt „eine Verbesserung der Effizienz und der Qualität des öffentlichen Dienstes“.

woxx@home

Wenn die Stammtische das Sagen hätten



Fünf Mitglieder des woxx-Teams haben sich getraut, ihre ganz persönliche Wahlvorhersage zu machen. Konservativ durchwachsen, so könnte man das Ergebnis bezeichnen. Denn abgesehen davon, dass manche

JournalistInnen nicht bis drei zählen können, fallen die eher geringfügigen Schwankungserwartungen ins Auge. Was unser Bierdeckel-Scan (noch) nicht verrät: Wer hier welcher Partei Sitze wegnimmt oder hinzuaddiert. Dazu mehr in der nächsten woxx, wo wir unsereN WettköniGin preisgeben werden.